

Fluchtursache Klimawandel



Bernd Mesovic

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, António Guterres, hat es Ende 2007 deutlich gesagt: Die Welt wird in Zukunft neue und komplexere Formen von Flucht, Vertreibung und Migration erleben. Ohne eingreifende Maßnahmen werden Klimawandel, Umweltverschmutzung und Naturkatastrophen das Leben in vielen Teilen der Erde unmöglich machen und Ressourcenkonflikte heraufbeschwören.

Dabei gibt es Umweltflüchtlinge schon jetzt. Seit 20 Jahren weisen wissenschaftliche Studien darauf hin, dass sich hinter vielen Migrationsprozessen und Fluchtbewegungen auch massive ökologische Probleme verbergen. In Asylverfahren von Flüchtlingen werden diese jedoch bislang nicht als Fluchtgründe anerkannt:

So schildert ein Flüchtling aus Bangladesch, der sich auf seiner Flucht vor der ökologischen Krise in seiner immer häufiger überschwemmten Heimat nach Spanien begeben hat, seinen Hintergrund

eher beiläufig: »Asyl? Wozu? – Ich will arbeiten... Mein Vater ist arbeitslos. Ich bin der Älteste. Ich muss Geld verdienen, damit sie leben können. In Bangladesch... gibt es keine Arbeit. Die Überschwemmungen machen immer wieder alles kaputt. Wir haben keine Lebensgrundlage...« Ausweichstrategien innerhalb Bangladeschs sind kaum denkbar. Viele Trinkwasserbrunnen sind in den letzten Jahren bereits durch Versalzung unbrauchbar geworden. Anbauflächen für Reis und andere Agrarprodukte gehen verloren. Tier- und Pflanzenarten verschwinden. Mit dem Artenschwund droht der Zusammenbruch des gesamten ökologischen Gleichgewichts. Die Metropole Dhaka, schon jetzt eine überbevölkerte Region, wird die entstehenden Wanderungsbewegungen nicht auffangen können.

FLUCHT ALS FOLGE ÖKOLOGISCHER ZERSTÖRUNG

Viele von den Folgen ökologischer Zerstörung Betroffene bleiben bislang in ihrer Herkunftsregion. Oft steht der Ver-

lust der lokalen Lebensgrundlage am Beginn eines längeren Migrationsprozesses, der zunächst in die Metropolen des Herkunftslandes, dann erst in die Nachbarstaaten führt. Eher schemenhaft werden Umweltflüchtlinge bislang als die zu versorgenden Opfer akuter Katastrophen wahrgenommen, die nach kurzer medialer Aufmerksamkeit aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Erst durch die Beschleunigung des Verlustes der natürlichen Lebensgrundlage werden Umweltflüchtlinge immer häufiger sichtbar.

Migrationsexperten aus Bangladesch fordern die Vereinten Nationen und UNHCR auf, Pläne für den globalen Umgang mit umweltbedingter Migration zu entwickeln. Ein pragmatischer Experte aus Bangladesch schlägt vor, jedes Land solle sich um einen bestimmten Anteil der Klimaflüchtlinge kümmern und sie aufnehmen. Die Aufnahmequote sei von der – aktuellen und früheren - Menge der Treibhausgasemission des jeweiligen Landes abhängig zu machen.

Einige der Inselstaaten des Pazifiks sehen sich bereits gezwungen, mit anderen Staaten über eine mögliche organisierte Aufnahme der Bevölkerung zu verhandeln. Mit dem Ansteigen des Meeresspiegels durch die globale Erwärmung könnten einige von ihnen spätestens in einigen Jahrzehnten verschwunden sein. Dem Untergang voraus geht ein Szenario, das zum Verlassen des Landes nötigt. Die Böden versalzen, ebenso das Trinkwasser, Land geht durch Fluten verloren. Die Anfälligkeit gegen die Folgen von Wirbelstürmen wird größer. Verzweifelt versuchten die Vertreter der Inselstaaten, so bei der Klimakonferenz in Nairobi im November 2006, auf ihre Lage aufmerksam zu machen. »Was wird die Geschichte von uns sagen, wenn wir Beschlüsse fällen, die ganze Länder verschwinden lassen? Das hat es im UN-System noch nie gegeben«, so ein Delegierter von Tuvalu. Tatsächlich: Ökologisch verursachte Staatenlosigkeit hat es in der Geschichte noch nicht gegeben.

Im Jahr 2007 hat der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung »Globale Umweltveränderungen« ein umfassendes Gutachten mit dem Titel »Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel« vorgelegt. Es enthält dringliche Empfehlungen an



die politischen Entscheidungsträger. Eine der zentralen Thesen: Der Klimawandel verstärkt Mechanismen, die zu Unsicherheit und Gewalt führen. Wenn der Klimaschutz jetzt scheitert und die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2°C nicht möglich sei, werde sich die Politik auf klimabedingte Konflikte vorbereiten müssen. Spätestens ab Mitte des Jahrhunderts sei bei einem Negativszenario ein starkes Umsichgreifen solcher Konflikte bis hin zu einer Destabilisierung des internationalen Systems und einer Gefährdung der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten. Die Entwicklungspolitik sehe sich bereits zuvor mit den Folgen von Wasser- und Nahrungsmittelkrisen sowie von Sturm- und Flutkatastrophen konfrontiert.

VÖLKERRECHTLICHE LÖSUNG ERFORDERLICH

Die Gutachter warnen, dass die umweltverursachte Migration nicht dauerhaft von der Politik ausgeblendet und zu Lasten der Betroffenen ignoriert werden dürfe. Sie stellen fest, dass bis heute weder spezifische Pflichten der Staaten in Bezug auf die Behandlung von Umweltmigranten/-flüchtlingen noch sonstige rechtliche Schutzmechanismen existieren, weil der geltende völkerrechtliche Flüchtlingsbegriff der Genfer Flüchtlingskonvention auf sie keine Anwendung finde. Nötig sei nach Auffassung des Beirats eine die Rechtstellung von Umweltmigranten regelnde übergreifende Konvention.

Das allerdings setzt einen sehr schnellen Bewusstseinswandel voraus. Es bedarf eines globalen ökologischen Verantwortungsbewusstseins. Entgegen der in den Industriestaaten verbreiteten Meinung sind es nämlich keineswegs vorrangig sie selbst, die von Umweltschäden betroffen sind. Die Entwicklungsländer sind aufgrund ehemaliger und teilweise noch aktueller Abhängigkeiten nicht nur ökonomisch unterentwickelt, sondern auch ökologisch fehlentwickelt. Armut und wach-

sende Bevölkerung engen die Möglichkeiten einer Folgenbegrenzung ein. Die Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzflächen und die Zerstörung der Bodenfruchtbarkeit sind in vielen Regionen der Welt bereits weit fortgeschritten. Die ländliche Selbstversorgungswirtschaft mit einer Vielfalt von Produkten ist oftmals zerstört. Die Folgen der Monokulturen sind längst sichtbar: Überdüngung, Zerstörung des Wasserhaushaltes, umweltbelastende Folgen der Agrochemie usw. Die Folgen der Umweltveränderung treffen diese Staaten weitaus dramatischer als es die Folgen von Naturkatastrophen je könnten. Die reichen Industriestaaten müssen sich zu ihrer Verantwortung bekennen und menschenrechtliche Instrumente initiieren, die die Umweltflüchtlinge schützen.

Auf ganz andere Weise haben sich elf pensionierte Admirale und Generäle der US-Streitkräfte dem Problem angenähert. Die Ausgangssituation ihres Papiers »Nationale Sicherheit und die Bedrohung des Klimawandels« vom April 2007 ist: Der Klimawandel wird bereits existierende Krisenregionen in Afrika und Asien sowie im Nahen Osten weiter destabilisieren. Zu erwarten seien Verteilungskämpfe um Ressourcen, Rebellion und Flüchtlingsströme. Sie empfehlen militärische Lösungen: Weitere Aufrüstung und emissionsärmere Militärfahrzeuge.

Auch angesichts solcher Aussichten sind wir gut beraten, jetzt humanitäre und völkerrechtliche Lösungen in Angriff zu nehmen. ■